

punkte sind doch zu groß. Tatsache ist aber, daß die Trennungspunkte nicht so schwerwiegend sind wie die persönlichen Machtbestrebungen einzelner Personen, die um ihre Ansicht, ihre Theorie, ihre Herrschgelüste an den Mann zu bringen, jede Vereinigung sabotierten, da sie nur ihr Geltungsbedürfnis auswerten können, wenn sie eine einzelne Gruppe um sich haben.

Klassenkämpfe! Mit diesen Vorkommnissen muß Schluß gemacht werden! Über das Ziel: die klassenlose kommunistische Gesellschaftsordnung sind wir uns alle einig. Über den Weg zum Ziele scheinen noch Meinungsverschiedenheiten zu bestehen, insbesondere ist es die Frage: Lohnkampf oder nicht. An Hand der ausgearbeiteten Thesen dürfte jeder Genosse klar erkennen, daß diese Frage heute durch die wirtschaftlichen Verhältnisse und die bürgerliche Diktatur entschieden ist, denn das Bürgertum wird einen Lohnkampf mit allen Mitteln unterbinden und diese Frage in seinem Sinne entscheiden. Die aufgewandte Energie, die aufgewendet werden müßte, wäre mit dem Erfolg nicht im Einklang zu bringen, denn es wäre tatsächlich der Kampf um die Macht. Ein unter der Losung „mehr Lohn“ in diesen Kampf gelührtes Proletariat würde unter allen Umständen zusammenbrechen. Gewiß müssen wir die Tagesnöte des Proletariats ausnutzen, um Kämpfe auszulösen, z. B. Kampf in den Betrieben gegen die Ausbeutung und Maßnahmen der Unternehmer, gegen Akkordarbeit, gegen die Ausgestaltung durch Steuern und soziale Abgaben, in Gemeinschaft mit den Arbeitslosen. Diese Kämpfe werden zu Vorpostengefechten der sozialen Revolution.

Dies alles können wir nicht als kleine Gruppen, sondern nur wenn wir als geschlossenes Ganzes auftreten und die Arbeiter zur Bildung von Aktionsausschüssen in den Betrieben aufrufen.

Die Einigung der linksrevolutionären Kräfte steht auf der Tagesordnung der Geschichte. Sie muß Tatsache werden! Eine Einigung wird aber solange scheitern, solange sie von der Aufgabe einzelner zugunsten anderer Organisationen abhängen soll. Wir müssen uns auf halbem Wege treffen, um gemeinsam zu arbeiten. Der Personen- und Organisationsegoismus muß niedergehalten, ausgeschaltet werden, der Wille zur Tat muß Sieger sein. Alle antiautoritären Organisationen müssen in einer einzigen Organisation zusammengeführt werden, die der Anfang der Klassenorganisation wird. Sie darf nicht den Namen einer bestehenden Organisation tragen, sondern den Namen, der ihr gebührt und unter dem alle Revolutionäre zusammengefaßt werden können, nämlich in der

„Räteorganisation“.

Kein Einheitsbrei soll geschaffen werden, kein loses Zusammenarbeiten einzelner Gruppen soll der Zweck sein, sondern einzig und allein das Fundament der kommenden Klassenorganisation soll gebaut werden. Selbstverständlich ist notwendig, daß man sich zunächst über Zweck, Ziel, Methoden und Aufbau der Organisation klar wird. Aus diesem Grunde haben die unterzeichneten Gruppen in Frankfurt a. M. Thesen und ein Organisationsprinzip ausgearbeitet, nach welchen ihrer Meinung nach die Vereinigung der linksrevolutionären Kräfte erfolgen kann.

Genossen! Erkennt die Notwendigkeit dieses Schrittes und helft mit, daß die Einigung zustande kommt. Die Krise wird schärfer und schärfer. Im nächsten Winter werden wir fast alle erwerbslos sein, unsere Organisationen finanziell geschwächt sein, daß jede Organisation kämpfen zu gehen, zumindest aber das Erscheinen der Presse in Frage gestellt wird. Gelingt uns die Einigung, dann bleiben wir existenzfähig, auch dann, wenn wir alle auf der Straße liegen, dann können wir mit Macht den Kampf gegen die Konterrevolution führen und der Erfolg wird nicht ausbleiben! Die unterzeichneten Gruppen in Frankfurt a. M. haben beschlossen, schon jetzt auf der gegebenen Grundlage propagandistisch zu wirken, sie werden alles daran setzen und innerhalb ihrer Organisationen für die Einigung der linken Kräfte über das ganze Reich wirken und darüber hinaus nichts unterlassen, um den Zusammenschluß gleichgerichteter Kräfte des Auslandes mit der Räteorganisation in Deutschland zu fördern.

Darum bitten wir jede Gruppe, das Material von den untenstehenden Adressen anzufordern und sofort zu prüfen und die Konsequenz zu ziehen, denn die Zeit und die Verhältnisse erfordern es!

Mit rev. Kampfgrößen die Genossen der Allgemeinen Arbeiter-Union, Frankfurt a. M.; Allgemeinen Arbeiter-Union (Einheitsorganisation), Frankfurt a. M.; Allgemeinen Arbeiter-Union (Einheitsorganisation), Mörkfeld.

Anschreiben und Auskünfte: Julius Oumard, Frankfurt a. M., Seckbüchergasse 9.

Zum fünften Male

rufen die parlamentarischen Nutznießer und Arbeiterverräter das Proletariat zur Reichstagswahl auf. Wieder beginnen die üblichen Wahlmanöver. Alter Schwindel wird in Massen neu angestrichen an den Anschlagssäulen und in den politischen Tageszeitungen prangen. Wieviele Proletarier werden wieder auf den Lein reinfallen und am 14. September mit ihrem Stimmzettel diesen oder jenen „braven Vertreter“ des Ausbeutungssystems an's Ruder helfen? Zielfrich!

12 Jahre sind seit dem kläglichen Zusammenbruch des militarischen Imperialismus verlossen! 12 Jahre lang leben wir in der „freiesten“ demokratischen Republik!

12 Jahre lang sind die Arbeiter durch „ihre“ Parteien SPD und KPD. in den deutschen Parlamenten und Regierungen vertreten.

Was haben diese „Arbeitervertreter“ euch Proleten vor jeder Wahl versprochen — und was haben sie in dieser Zeitspanne bewirkt und erreicht? Verraten und betrogen seid ihr worden!

Jeder Proletarier muß wissen, daß der Staat mit seiner Regierung und seinem Parlament in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung ein Machtmittel der herrschenden Klasse darstellt; und daß die Zeit innerhalb eines solchen Parlaments irgendwelche Reformen zu erzwingen, längst vorbei ist. Als die kapitalistische Gesellschaft noch im Aufblühen war und die Technik noch nicht die modernen Produktionsinstrumente (Maschinen) besaß, d. h. wo die Nachfrage nach guten Handwerkern und Facharbeitern noch groß war, war es wohl möglich, auf Grund der damaligen Konjunktur durch parlamentarische oder partielle Druckmittel wie Streiks usw. kleine Verbesserungen in sozialer Hinsicht oder Lohnaufbesserungen zu erringen! Ja, der Staat hatte sogar selbst noch ein wenig Interesse daran, seine Arbeitssklaven — um Mehrleistungen in der Ausbeutung zu erzielen — gesund zu erhalten! Er konnte sich dieses auf Grund seiner enormen Zoll- und Steuererhebungen und des kolossalen Profits durch rechtschleuse Ausbeutung der Proleten in allen Staats- und Gemeindebetrieben leisten.

Aber das Rad der historischen Entwicklung steht nicht still; wir sind längst über den Blühpunkt der kapitalistischen Gesellschaftsordnung hinaus, und stehen heute in der Phase der Todeskrise. Die modernen Maschinen produzieren Waren in riesigen Mengen, und

Gelesene Nummern des Spartakus

wegwerfen, heißt, dem Klaffenbruder wertvolles Erkenntnismaterial unterschlagen!

brauchen dazu nur wenig Bediener. Die früher viel gesuchten Handwerker und Arbeiter liegen heute brotlos in Massen auf der Straße. Sie werden von den Ausbeutern als Druckmittel gegen die noch Arbeitenden verwendet, um letzteren bei starker Ausbeutung noch den Hungerlohn zu drücken. Alle Absatzgebiete für die erzeugten Warenmassen sind erschöpft. Diese Krisenerscheinung wirkt ihren Schatten natürlich auch auf den Staatsapparat. Trotz vieler neuerlegten Steuern und Sonderabgaben — man streift sich heute wieder um neue — ist keine Deckung mehr für die Staatsausgaben vorhanden. Das Heer der Arbeitslosen unterstützungsmittler wächst täglich. Die Summe der durch die Arbeitslosen längst nicht mehr zum Ausgleich der Defizite reichenden Beiträge und damit gleich für die Auszahlungen. Ein typisches Bild vom Zerfall der Gesellschaft! Der Staat ist gezwungen, Zuschüsse zu gewähren, um die öffentliche Ordnung nicht zu gefährden. Ist der Arbeitslose durch seine längst unzureichende Unterstützung erst an Hunger gewöhnt, wird ihm dieselbe ganz entzogen und kann er dann langsam verhungern. An ein Einreißen in den Produktionsprozeß, wie es die sogenannten Arbeiterparteien heute noch versprechen, ist natürlich nicht mehr zu denken. Selbst wenn der gute Wille da wäre, könnte der Kapitalist hier um seines Profites willen, wovon er doch überhaupt nur existiert, sie nicht durchführen.

Nun zur Organisation der Arbeiterklasse, den sogenannten parlamentarischen Arbeiterparteien und ihrem Anhang, den Gewerkschaften. Beides sind Instrumente, die, wie wir oft nachgewiesen, durch die Entwicklung des kapitalistischen Systems längst überholt sind. Wenn sie heute noch versprechen, in Parlamenten und durch Betriebsräte Reliquien für das Proletariat erkämpfen zu können, so ist dies weiter nichts als Betrug und Verrat. Die Parteibonzen, die heute noch in der Maske der „alten Arbeiterführer“ herumgeschwirren, haben sich schon im August 1914 und November 1918 genügend vor der Arbeiterschaft als Renegaten und korrupte Verräter entlarvt, so daß heute keiner mehr auf ihren Schwindel hören dürfte.

Wer heute für ein besseres Wohl und Leben der proletarischen Klasse mitkämpfen will, dessen Kampf ruft muß lauten:

Nieder mit der kapitalistischen Produktionsherrschaft samt Staatsmaschine und Parlamente! Heraus aus den veralteten Parteieliden und den konterrevolutionären Gewerkschaften!

Nieder mit dem ganzen Wahlschwindel, keine Stimme den Klassenverrättern! Hinein in die revolutionären Betriebs- und Nachweisorganisationen der eisernen Kampffront der proletarischen Massen!

Bürgerliche Humanität

Die ganze bürgerliche Presse erhebt ein lautes Geschrei. Eine Angehörige ihrer Klasse, die Schriftstellerin Isoldie Reiter, soll in einem Gefängnis in Jugoslawien gefoltert worden sein. Wohl aus Versehen, weil man sie für eine Proletarierin hielt, denn gewöhnlich werden nur Proleten in den Ordnungsstätten der kapitalistischen Ausbeuterverbänden (Staaten genannt) Folterungen unterworfen. Und in Europa tun sich darin besonders die Balkanländer hervor. Jeder nur etwas freihetlich gesinnte Arbeiter, der in die Hände der Polizei gerät, wird entweder zu Tode gemartert oder verläßt als Krüppel den bürgerlichen Erziehungsort. Man wird aber in den bürgerlichen Zeitungen niemals eine Zeile davon finden, geschweige denn jemals ein Wort des Protestes dagegen.

Proletarier! Lernt vom Bürger Klassenbewußtsein! Kümmert euch nicht um das Schicksal von Bürgern! Übt aber Solidarität mit jedem revolutionären Klassen-genossen, ganz gleich welcher Organisation und Nation!

Parlamentarismus ist maskierter weißer Schrecken! Proletarier!

Die zur Wahl aufrufende KPD behauptet und sich, das Erbe Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs zu vertreten. Wir wollen dieser Parlaments-KPD von 1930 die KPD von 1919 entgegenhalten. Die KPD hat 1919 folgende Leitsätze herausgegeben:

Die kommunistische Partei ist die Partei des konsequenten Klassenkampfes. Sie dient der Propaganda für die soziale Weltrevolution, deren Endziel die Abschaffung des Privateigentums in jeder Form ist. Leitender für die Stellungnahme der KP in allen politischen Fragen ist einzig und allein das Interesse des Proletariats als Klasse, nicht einzelner Teilgruppen oder Einzelpersonen des Proletariats.

Oberstes Gesetz für jegliche politische Tätigkeit der KP ist das Gemeininteresse des Proletariats der Welt. Der Kampf der KP ist grundsätzlich ein antinationaler und ein internationaler, er richtet sich stets gegen die jeweils vorhandene höchstgesteigerte politische Organisationsform des Kapitals.

Für die Zeitdauer der Existenz des einzelnen nationalen Staates als höchstgesteigerte politische Organisationsform des Kapitals wendet sich der Kampf der kommunistischen Parteien der einzelnen Staaten — der Form, nicht dem Inhalt nach — gegen den betreffenden eigenen nationalen Staat. Der Kampf der KPD, hat deshalb zum nächsten politischen Ziel die Vernichtung der politischen Organisationsform des deutschen Kapitals, d. h. des deutschen Staates und nicht sich infolge dessen gegen sämtliche von ihm eingesetzten politischen Verwaltungsorgane, in erster Linie gegen seine oberste Instanz, die Nationalversammlung bzw. Reichstag. Eine Betätigung von Mitgliedern der KPD in diesen Institutionen bedeutet eine direkte Unterstützung des Kapitals, eine Beteiligung an den Wahlen zu diesen Institutionen ist gleichbedeutend mit einer Anerkennung dieser Institution selbst, beides lehnt die KP ab.

An Stelle des kapitalistischen Staates als Machthebel zur wirtschaftlichen Ausbeutung des Proletariats durch das Kapital ist zu setzen der proletarische Staat in der Form des unverfälschten Räteystems als Machthebel zur Abschaffung des Privateigentums und damit zur Aufhebung der wirtschaftlichen Ausbeutung des Proletariats durch das Kapital. Das unverfälschte Räte-system ist diejenige Staatsform, die die Bourgeoisie von sämtlichen Machtmitteln und Machtfunktionen ausschließt und diese allein dem Proletariat als Klasse zuweist.

So, Genossen, haltet die KPD von heute und die KPD von 1919 gegeneinander und urteilt, ob der Spartakusbund recht hat, wenn er euch sagt:

Parlamentarismus heißt: Noske, Zörgiebel, heißt: Scheidemann, Levi, Brandler, Ruth Fischer, heißt: züchten von politischen Schiebern und Arbeitervertretern. (Zitiert aus „Die Aktion“.)

Für den Inhalt verantwortlich: R. Weiß, Dresden-A. Druck: A. P. Schnädelbach & Co., Dresden-A.

Hier abtrennen!

An das

Postamt

Unterzeichneter bestellt hiermit die monatlich zweimal erscheinende Zeitung

SPARTAKUS

zum Bezugspreis von 90 Pfg. vierteljährlich ab 1930

Verlagsort: Rähnitz-Hellerau. Postzeitungsliste: 3. Nachtrag 29

Bezugsgeld ist von mir zu erheben

Name Ort u. Zustellungspostamt

Straße u. Hausnummer

Nr. 19 * 5. Jahrgang
10. Jahrgang der „Einheitsfront“

SPARTAKUS

ORGAN DES SPARTAKUSBUNDES

(Politisch-wirtschaftliche Einheitsorganisation)

Verlagsort: Rähnitz-Hellerau. Zu bestellen bei allen Postämtern, lerner durch die Betriebsorganisationen des Spartakusbundes od. direkt beim Verlag Rähnitz-Hellerau, Hendrichstr. 3

1. Oktober 1930

Postzeitungsliste: 3. Nachtrag 1929

Einzelnummer 15 Pf.
erscheint monatlich zweimal

Der Bankerott des Parlamentarismus

Die Ergebnisse der letzten Wahl

Groß war das Erstaunen der Bourgeoisie und ihres Anhanges, von der SPD, bis Hitler, als sie das Ergebnis der letzten Reichstagswahl sahen. Selbst im internationalen Lager der Bourgeoisie war man erstaunt über den Ausgang dieser Wahl, ohne sich die Ursachen dafür erklären zu können. Die Bourgeoisie und ihre Stützen aus allen Lagern sind unfähig, die wahren Zusammenhänge zu erklären, für sie gibt es keine tieferen Gründe zu finden, die die Umwandlung der deutschen Wählerschaft in diesem Maße erklären könnten. Vom „Vorwärts“ bis zur „D.A.Z.“ glaubt man den Dingen am nächsten zu sein, wenn man die Radikalisierung der Wählerschaft auf eine zügellose Agitation der Parteien zurückführt, die in diesem Wahlgang angeblich als „Sieger“ hervorgegangen sind.

Das Proletariat kann sich selbstverständlich von der Nervosität und der Katzenjammerstimmung der Bourgeoisie nicht beeinflussen lassen, sondern muß da Erklärungen finden, wo die Bourgeoisie mutmaßt, und es muß zielbewußt seine Kraft dort einsetzen, wo die Bourgeoisie ihre Schwächen zeigt. Und das wichtigste Ergebnis dieser Wahl ist der völlige Bankerott des parlamentarischen Systems. Objektiv war dieser Bankerott längst für uns erkennbar, nicht erst seit heute und gestern hat das revolutionäre Proletariat im Spartakusbund erkannt, daß vermittels des parlamentarischen Systems keine Regierung der herrschenden Klasse sich halten kann, sondern nur auf außerparlamentarisches Mittel gestützt die proletarische Klasse niederhalten konnte. Der subjektive Faktor des parlamentarischen Bankerotts zeigt sich in der Tatsache, daß die Wählerschaft in erster Linie den Parteien nachließ, die mit den Lösungen des außerparlamentarischen Kampfes die Massen zu ködern verstanden hatten. Selbstverständlich gibt es bei uns keinerlei Illusion darüber, daß die „Sieger“ dieser Wahlschlacht ebenso große Betrüger sind, wie alle anderen Parteien. Ja, daß der politische Abenteuer Hitler der skrupelloseste Bursche ist, den das bürgerlich-politische Leben jemals geboren hat. Aber der Wahlausgang zeigt zunächst einmal, daß der Glaube an den Parlamentarismus einen Stoß erhalten hat, daß die Masse des verelendeten Proletariats und des wirtschaftlich vernichteten Mittelstandes fühlt, daß sie vom Parlament nichts mehr zu erhoffen hat.

Mit unerhörter und fühlbarer Gewalt saust die Feitsche der Verelendung auf die Massen des Proletariats herab. Die herrschende Kapitalistenklasse, am Ende ihrer Fähigkeiten angelangt, wälzt alle Lasten des Zusammenbruchs der heutigen Wirtschaftsordnung auf die Schultern des Proletariats ab. Seit Jahren besteht in Deutschland ein Heer von Millionen arbeitsloser Proletarier, das im letzten Jahr bis zu einem Dreimillionenheer angewachsen ist. Das bedeutet, daß in Deutschland zehn Millionen Menschen, zehn Millionen Proletarier, dem nackten Hungertode verfallen sind, für die es innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft keinerlei Arbeitsmöglichkeiten und somit auch keinerlei Lebensmöglichkeiten mehr gibt. Da die Bourgeoisie keinen Pfennig ihres Profites freiwillig an Proletariat abgibt, lebt das Millionenheer der Erwerbslosen unter der ständigen Verschlechterung der an sich schon kärglichen Unterstützung und große Teile dieser Masse erhalten überhaupt keine Unterstützung mehr. Eine Aussicht auf Besserung dieser Lage besteht selbst für die Wirtschaftler der Bourgeoisie nicht, im Gegenteil, sie rechnen mit einer noch größeren Verschärfung der heutigen Wirtschaftskrise und errechnen ganz richtig, daß das Heer der Erwerbslosen im kommenden Winter auf 5-6 Millionen anwachsen wird.

Mit dem ständigen Verschärfen der proletarischen Verelendung geht parallel die völlige Verarmung und Vernichtung des Mittelstandes, der in den Entwicklungsjahren des Kapitalismus eine Zwischenstellung eingenommen hatte zwischen Bourgeoisie und Proletariat. Da der Mittelstand in der kapitalistischen Gesellschaft immer ein weitaus besseres Leben führen konnte als die Proletarier, fühlt er sich auch zur Bourgeoisie gehörig und vertrat immer ihre Interessen gegenüber dem Proletariat. Daß diese Mittelschicht wirtschaftlich nicht mehr in der hochkapitalistischen und schon gar nicht mehr in der niedergehenden Epoche der heutigen Gesellschaftsform existieren kann, daß diese Schicht hinabgestoßen wird ins Proletariat durch die Entwicklung des Kapitalismus, das begreift diese entwurzelte Masse nicht und kann sie auch nicht begreifen, weil ihre Erkenntnis durch unüberwindliche Illusionen gehemmt werden. Für diese Schichten gibt es keine anderen Ursachen ihrer Vernichtung als das Begehren des Proletariats nach Freiheit und Brot, sie machen die Novemberrevolution verantwortlich für unabwendbare Notwendigkeiten der kapitalistischen Entwicklung. Marx hat recht, und gerade unsere heutige Zeit zeigt, daß er tausendmal recht hatte, als er das Kleinbürgertum und die übrigen Mittelschichten als absolut konterrevolutionäres Element bezeichnete. Es sind katastrophale Illusionen, daran zu glauben, diese Schicht käme als Bundesgenosse für das Proletariat in seinem Befreiungskampf in Betracht. Wirtschaftlich enturzelt und ideologisch haldlos lauen sie jedem Scharlatan nach und stärken somit die Front der Bourgeoisie, weil eine Stärkung der proletarischen Kampffront immer nur dann gegeben ist, wenn eine bewußte Solidarisierung mit den Zielen der proletarischen Klasse stattgefunden hat. Das wird diese Schicht nie tun. Sie will das Rad der Geschichte zurückdrehen, wo es nur ein Vorwärtsschreiten der proletarischen Klasse geben kann.

Auf der Basis dieser Schichten hat Hitler seinen Erfolg errungen und dadurch die Front des reaktionären Bürgertums gestärkt. Unter skrupelloser Ausnutzung der Not der Verelendeten, unter der Vorspiegelung der kommenden Befreiung aller Geknechteten im „Dritten Reich“, hat er die Elemente der Bourgeoisie zu ihrer Unterstützung zugeführt, die eigentlich nur das Interesse der Beseitigung dieser Gesellschaft haben dürften.

Selbst proletarische Schichten, wenn auch nur in sehr beschränktem Ausmaß, haben sich für die reaktionären Ziele Hitlers mißbrauchen lassen, jedoch hat im Grunde nur eine Kräfteverschiebung im Lager der Bourgeoisie stattgefunden. Hitlers gesamte Wählerschaft rekrutiert sich aus früheren bürgerlichen Wählern, die glauben, der „starke Mann“ könnte sie aus ihrer Not befreien.

Das Ergebnis dieser Wahl hat gezeigt, daß das parlamentarische System kurz vor seinem Ende steht, weil die Todeskrise der kapitalistischen Gesellschaft die Klassengegensätze bis auf die höchste Spitze in kürzester Frist treibt. Im Lager der Bourgeoisie selbst sind die Meinungen insoweit einig, daß es gegen die proletarische Klasse geht, und daß die Umstände die Anwendung aller Mittel erlauben. Nur über die Methoden der Anwendung ist man sich im Lager der herrschenden Klasse nicht einig; während der reaktionärste Teil mit Hitler regieren will, glauben es die übrigen mit Severing erfolgreicher gestalten zu können.

Der Zörgiebel-Vorwärts bietet der Bourgeoisie schon seine Kräfte an. Ganz unverhüllt wird gesagt, daß man das Erwachen der Proletarier, das man, um zu verhüllen, mit einem kommunistischen Putsch bezeichnet, mit Hilfe der SPD, wie alle Versuche im Blute ersticken wird.

Als ein weiteres Ergebnis dieser Wahl darf die klare Formierung der beiden Fronten bezeichnet werden.

Während sich auf der einen Seite alles gegen die Revolution einstellt, von der SPD, bis Hitler eine Phalanx gegen das Heer der Erwerbslosen, gegen das revolutionäre Proletariat, deren Freiheitsbestrebungen von dieser Koalition im Blute erstickt werden sollen. Auf der anderen Seite steht einzig das revolutionäre Proletariat gegen die Front der Bourgeoisie und ihrer Agenten von Severing bis Hitler.

Werden die Proletarier der KPD begreifen, daß der angebliche Wahlsieg ihrer Partei kein Sieg ist, der als revolutionärer Erfolg verachtet werden kann. Werden sie erkennen, daß angesichts der gegenwärtigen Front mehr denn je Klarheit im Lager des Proletariats notwendig ist. Heute nützt es gar nichts mehr, wenn die KPD einen Stimmenzuwachs erhält, denn selbst die Hitler zur Populartät bei einem Teil des Proletariats revolutionären Parlamentarismus herhalten müßte — die Phrase von den Teilerfolgen im Parlament — wird angesichts der Verschärfung der Klassengegensätze völlig entlarvt. In der Zeit, wo die Verhältnisse zur Auseinandersetzung drängen, ist es doppelt verbrecherisch, dem Proletariat falsche Parolen zu geben. Die ganze Gefährlichkeit einer reformistischen und utopischen Politik, wie sie die KPD, betreibt, hat sich besonders bei den letzten Wahlen erwiesen. Im Konkurrenzkampf mit den Faschisten hat die Politik der KPD, die tollsten Ergebnisse gezeigt. Im Wettkampf um die größte Zahl der Mandate mit Hitler hat die Partei sich in die tiefsten Niederungen des Nationalismus begeben. Diese verbrecherische Politik ist nicht zuletzt die Ursache dafür, daß Hitler ein so leichtes Spiel gehabt hat, gewisse Teile von Arbeitern für seine konterrevolutionären Ziele einzuspannen. Die KPD, darf das traurige Verdienst für sich in Anspruch nehmen, Hitler zur Populartät bei einem Teil des Proletariats verholfen zu haben, durch die Diskussionen darüber, ob Hitler Arbeiterinteressen vertritt.

Der Ausgang der Wahl ist für das Proletariat ein warnendes Metetele. Es gilt aus den Tatsachen die Lehre zu ziehen, daß die Zeit zur Klarheit und Entschlossenheit drängt. Das Proletariat wird die Folgen nicht tragen können, die sich daraus ergeben, wenn es weiterhin in dem Sumpf des Reformismus und der Illusionen verharret.

Die Todeskrise der kapitalistischen Welt drängt zur Entscheidung. Nie wird die Geschichte es dem Proletariat verzeihen, den Erfordernissen der Zeit nicht gewachsen zu sein. Der Spartakusbund ruft die Proletarier zur Sammlung. Auf den Nachweisen und in den Betrieben werden die Proleten dem Rufe der revolutionären Avantgarde — dem Spartakusbund — folgen.

Völker, höret die Signale!

Man kann für den Sturz einer herrschenden Ordnung kämpfen, indem man das bestehende System kritisiert und ein besseres, schön ausgedachtes Wirtschaftssystem propagiert, indem man die ganzen Unzulänglichkeiten, Widersinnigkeiten und Ungerechtigkeiten von heute aufweist und ausmalt, wie es alles anders sein könnte. Mit derartigen Argumenten führen einst die religiösen und utopischen Sozialisten den Kampf gegen den Kapitalismus; A-archisten und Syndikalisten machen auch heute noch dasselbe.

Anders der wissenschaftliche Sozialismus, der die materialistische Geschichtsauffassung anwendet. Er begründet die Notwendigkeit der proletarischen Revolution damit, daß die Arbeiterklasse zu der proletarischen Revolution gezwungen wird und Besitz von den Produktionsmitteln ergreifen muß, weil infolge der Konkurrenz der Kapitalisten und Kapitalistengruppen untereinander die Entwicklung der Produktivkräfte eine derartige Höhe erreicht, daß der Gegensatz zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung immer unhaltbarer wird. Weil der Kapitalismus, das Privateigentum, die Lohnarbeit, die Produktion um des Profites willen nur noch weiter bestehen können, wenn die Arbeiterklasse in ein immer tieferes Elend herabsinkt. Darum wird und muß die Arbeiterklasse zur proletarischen Revolution schreiten, muß

Bericht über die 3. Reichskonferenz des Spartakusbundes

1. Tag

Im Namen des Orts-Ausschusses enthielt die Tagungsleitung den aus anderen Teilen des Reiches erschienenen Delegierten und Gästen die revolutionären Gründe und forderte bei Eröffnung die Anwesenden auf, sich zum Gedenken an den verstorbenen proletarischen Dichter Kanehl von den Plätzen zu erheben.

Als dann erklärt die Leitung die Tagung als eröffnet und gibt von dem heißesten Wunsche besetzt, eine Erklärung dahingehend ab, daß die Konferenz, nachdem das Proletariat in den Parteien und Gewerkschaften zur vollständigen Passivität und diese Gehilde selbst zum Bankerott verurteilt sind, zu Beschlüssen und Resultaten von weittragender Bedeutung kommen möge.

Bei Eintritt in die Tagung wird die Tagesordnung auf folgende Punkte festgelegt:

1. Die politische Lage und unsere nächsten Aufgaben
2. Faschismus und Nationalismus
3. Unsere Fühlungnahme und Erfahrungen mit anderen Organisationen
4. Organisatorisches

Infolge des Einbruches des Faschismus auch schon in linksgerichtete Organisationen erklärt Gen. Pfemfert, dem Faschismus eine ganz besondere Behandlung zu widmen.

Nachdem erfolgt der einstimmige Beschluß, daß Gäste anderer Organisationen nur zu den beiden ersten Punkten der Tagesordnung zugelassen sind.

Genosse Pl. beginnt sein Referat, davon ausgehend, daß man uns als mehr oder weniger Anhänger und Vertreter der Todeskrise des Kapitalismus verhöhnt, verläßt, als Phantasten und gegen Windmühlennägel kämpfende Bezeichnung habe. Er entwickelt eine weltpolitische Perspektive, in der die Wirtschaftskrisen fast aller Länder der Welt dem konkreten Charakter einer Endkrise zuzurechnen scheinen und führte etwa folgendes aus:

„Sehen wir uns die Siegerstaaten des Weltkrieges an. Frankreich, wo in den einst zerstörten Gebieten die schwersten Lohnkämpfe stattfanden, England, als ehemals reichstes Land, hat heute 1 Million Arbeitslose mehr als vor einem Jahre. Ebenso hat Amerika, das Land der größten Goldreserven, mit einer geradezu schrecklichen Arbeitslosigkeit zu kämpfen. Gegen die indische Gandhibewegung, eine pazifistische Bewegung reinen Wassers, wird ein Krieg mit Giftgasen und Fliegerbomben geführt. Ferner flammt es in dem Hexenkessel China wieder auf. Diese Absatzgebiete sind dem Welt-Imperialismus verschlossen. Hier in Deutschland, in den Großbetrieben, werden — weil keine Mittel vorhanden sind — Massenentlassungen und Lohnabbaumaßnahmen vorgenommen, so daß Mitte des Winters mit einer Arbeitslosen-Ziffer von ca. 5 Millionen zu rechnen sein wird. Man kann also kurz sagen, den Höhepunkt der Krise dürfte die Weltwirtschaft wohl erreicht haben und in progressiver Tendenz dem Wege des Abgrundes zusteuern. So sehen wir dies als Rev. Marxisten und fragen uns, was bedeutet diese Krise? Tatsache ist: es herrscht kein Mangel an Kleidung und Brot, sondern Überfluß; trotzdem ist die Krise da und das Proletariat hungert bei gefüllten Scheuern.“

Der Kapitalismus ist das einzige Hindernis, denn er darf keine andere Welt dulden, sondern muß darauf bedacht sein, wie der Profit für die Zukunft sicher gestellt werden kann. Durch den Weltkrieg wollte man ein „Deutschland über Alles“ schaffen.

Von bürgerlichen Wissenschaftlern wird erklärt, daß bei laufendem-Band-System Mittel und Kräfte ausreichen, um bei 3—4 Stunden Arbeitszeit und einer 4-Tage-Woche das Vorkriegsniveau wieder zu schaffen.

Wenn aber Weltkonzerne Massenentlassungen vornehmen müssen, tun sie es nicht aus bösem Willen, sondern gezwungenermaßen, weil das kapitalistische System sein eigener Totengräber ist. Der technische Fortschritt, der eine Quelle des Glücks sein könnte, rettet nicht den Kapitalismus, sondern bedeutet vielmehr seinen Untergang; verzichtet der Monopol-Kapitalismus auf seinen Profit, geht er zugrunde.

Mit einem Zynismus sondergleichen wälzt die Bourgeoisie die ganzen Lasten auf das Proletariat ab, 4 1/2 Milliarden auf Lebensmittel werden aus den Knochen des Proletariats gesaugt. Jeder Arbeiter wird dabei von der Müller-Brüning-Regierung um 290—300 Mark pro Jahr beraubt; jeder Arbeitslose um 110 Mark pro Jahr geprellt; gar nicht zu reden von der Kopf- und Ledigensteuer. Gleichzeit hat man ob dieser Todeskrise des Kapitalismus, weil das Proletariat schläft, glaubt man, am 14. September wieder einen willkommenen Anlaß zu haben, ihm die Illusion einzupflanzen, daß es durch Abgabe eines Klosettpapierzettels sein Schicksal bessern könne.

Die Schmälerung der Renten für die Kriegsoffer und der geplante Abbau der Löhne von 7 1/2 bis 30% waren ein Umsonstarbeiten von 2—3 Monaten gleichkommt, hängt mit dem System zusammen, in welchem alles — wie die Zahnrad eines Urwerks — ineinandergreift. Das Proletariat kann nie wieder kaufkräftig werden, denn es gibt immer schärfere Krisen. Die Bourgeoisie hat erkannt, daß man mit Hilfe der Demokratie, dem parlamentarischen System von Heute, die Diktatur ausüben kann. Doch der Scheitler der Demokratie ist gesessen; das Proletariat wird zum Entscheidungskampf gedrängt! Dieser Winter bringt noch nicht die Entscheidung an sich, sie kann aber kommen evtl. durch außenpolitische Zwischenfälle. Genau so wie man seit 1870/71 nichts weiter getan hat, als die Kriegspläne und die gesamten Gestaltungsbeehle für den kommenden Krieg auszuarbeiten, so sagen wir, muß man jeden Tag damit ausfüllen, um den revolutionären Geist des Proletariats immer wieder zu erneuern und wach zu halten, um nicht laufs in der Barbarei verrecken zu müssen. Das Kapital geht mit allen Mitteln zur Offensive über, gut vorgesorgt. Dem eingetretenen Stillstand dieser nationalsozialistischen Bewegung war nur durch eine Spaltung in eine noch radikalere Richtung zu begegnen. Mit linksrevolutionären Lösungen versucht diese nun weiterhin ihren Betrug fortzusetzen, um die proletarischen Massen hinter sich zu bekommen. Nicht nur die unterirdischen Kanäle dieser Bewegung müssen bloßgelegt werden, sondern wir müssen dem Proletariat auch die Illusionspolitik der Parteien und Gewerkschaften vor Augen führen. Die Gewerkschaften sind gegründet als sozialdemokratische Angelegenheiten und die SPD ist heute nicht mehr revolutionär, sondern konterrevolutionär. Wir wollen uns niemals einbilden, die jungen Leute wissen alles über das revolutionär eindeutigste Programm des Spartakusbundes; wer weiß davon draußen in der deutschen Arbeiterbewegung? Wir sind in keinem Punkte widerlegt worden. Es gibt keine Stabilisierung des Kapitalismus seit unserer Existenz. In der KPD sind Tausende und Zehntausende Revolutionäre, die mit uns kämpfen; mit Thalmann und Neumann aber können wir nicht den Kampf durchführen.

Teilweise Verlesung der Rede zum Programm des Spartakus-Bundes.

Wer diese Gedanken noch abstreitet, mit dem ist es zwecklos noch zu unterhandeln. Aber die Tatsache, daß nicht ein einziger Punkt widerlegt ist, diese Tatsache allein muß uns den Ansporn geben, das revolutionäre Feuer zu entfachen und das Banner „Rot“ zu entfalten. — Der Referent schließt mit den Worten Kanehls:

- Habt ihr die Fäuste beisammen?
- Habt ihr den Willen bereit?
- Habt ihr die Waffen geschmiedet?
- Dann eingereicht!

An der Diskussion beteiligen sich die Delegierten in ausgiebigster Weise.

Ostpreußen glaubt, daß die deutsche Mentalität besonders ein Hemmnis der Revolution sei.

Mitteldeutschland bringt zum Ausdruck, daß das Proletariat wohl auf baldige ernsthafte Auseinandersetzungen mit der Bourgeoisie eingestellt sei, glaubt aber, diese Frage hinsichtlich der Organisation kritisch beurteilen zu müssen.

Ostpreußen nimmt ausschließlich vom wirtschaftlichen Gesichtspunkte aus zum Referat Stellung; vermehrte im Referat die Erwähnung der Auswirkungen des russischen Fünfjahresplanes und ist der Meinung, daß der Kapitalismus darauf noch eine Stütze finden dürfte. Besonders auf Grund des Handelsvertrages zwischen Rußland und Italien könnten bestehende und weiter heranschleichende Krisen gehemmt und damit die Idee des Faschismus gestärkt werden.

Berlin betont, daß die Krisenereignisse strukturellen Charakter tragen. Unter Hinweis auf die Millionen Erwerbslosen sowie auf das ungeheure Anschwellen der ausgesteuerten Schicht erklärte der Delegierte unter Berücksichtigung dieser objektiven und subjektiven Faktoren, daß es für Marx's Synthese „Untergang in Barbarei“ ausschlaggebend ist, wobei die Kapitalisten durch die ökonomischen Gesetze getrieben werden. Unsere wichtigste Aufgabe ist, den Erwerbslosen zu sagen, was sie zu tun haben. Ursache unserer Kleinheit ist nichts anderes als Zurückbleiben im Klassenbewußtsein, welches bisher immer von hohen theoretischen Prinzipien aus behandelt wurde. Der notwendige Gang kann kein anderer sein als Abschaffung der Arbeitskraft als Ware. In Rußland sei dies — auch Trotzki mußte das zugeben — der Fall. Die Perspektive der Kollektivierung führt dort zum Untergang der Komsozialisten. Daß Rußland durch seine Lieferungen nach Amerika und Westeuropa diesen zum Untergang verurteilten kapitalistischen Ländern eine Wiedergesundung ermöglichen könne, ist auf keinen Fall anzunehmen.

Dresden glaubt betonen zu müssen, daß bisher alle Redner in ihren Ausführungen mehr oder weniger die Tendenz der Todeskrise vertreten haben. Hinsichtlich der Propagierung unserer Ideen sei nicht nur im Betrieb eine Kampfbasis und Operationsmöglichkeit gegeben, sondern auch in allen Lebenslagen und Momenten des täglichen Lebens ist dazu die beste Gelegenheit gegeben. Ein anderer Dresdener Genosse vertritt die Ansicht, daß sich der kapitalistischen Gesellschaft keine Absatzmärkte mehr bieten und demzufolge auch Rußland nicht aus dem Rahmen fallen könne, sich letzten Endes ebenfalls fügen und den Tendenzen der Weltrevolution anpassen müsse. Inbezug Propaganda können wir uns hier am Orte behaupten, auch gegen die KPD; können in den Erwerbslosen-Versammlungen sprechen und gewinnen Einfluß auf die verschiedenen Richtungen der Unions. Die Arbeiter jedenfalls sind nicht gewillt, kampflös zu verhandeln. Das Proletariat wird verstehen, sich in der Endkrise mit allen Mitteln durchzusetzen. Sicher ist, daß wir aus Niederlagen gelernt haben und evtl. weiterhin lernen müssen. In der Frage der Todeskrise sind wir, im Gegensatz zur Frankfurter Richtung, auf „kurze Sicht“ eingestellt.

Im Schlußwort zu seinem Referat beantwortet Gen. Pfemfert einige Fragen und bezeichnet Deutschland als nächste Etappe der Weltrevolution. Marschiert die Weltrevolution, wird Rußland aus staatspolitischen Gründen nicht gegen uns sein. Wenn aber in Rußland

Kämpfer der Oktober-Revolution ermordet werden, dafür, daß sie mit Trotzki in Briefwechsel stehen, kann man nur erbitterter Gegner des bolschewistischen Parteiapparates sein. Mussolini ist ein Diktator in Person, Stalin dagegen symbolisiert einen Riesenparteiapparat; aber neben diesem besteht in der Jugend das Oktober-Proletariat.

Mit Zitterung Kanehls beendet Gen. Pfemfert sein Schlußwort.

2. Tag

Hinsichtlich der Frage der Vereinigung mit anderen antiautoritären Gruppen oder Organisationen entwickelte sich eine lebhaft Debatte.

Ostpreußen fühlt sich in dieser Frage nicht als kompetent, Einigungsbeschlüsse herbeizuführen, beantragt aber unbedingt eine Aussprache.

Berlin legt eine Resolution vor, worauf Ostpreußen seinen Antrag zurückzieht. (Wortlaut der Resolution erschienen in Nr. 18 des „Spartakus“ im „Vorbericht der Reichskonferenz“.)

Verlesung der aus dem Reich eingegangenen Begrüßungsschreiben und eines Berichtes aus Memel.

Hierauf wird dem Genossen Fitko zu seinem Referat über Punkt 2 der Tagesordnung das Wort erteilt.

In einem ausgiebigen Referat, das in seiner Struktur logisch und überzeugend die Ursachen und die Entwicklung des Faschismus darlegt, macht Gen. F. den 18. Brumaire zum Ausgangspunkt seiner Betrachtungen und führte etwa folgendes, nach Verlesung des 18. Brumaires, aus:

„Der 18. Brumaire ist, was wir uns zur Erklärung der menschlichen Bewegungsgesetze als Grundlage nehmen müssen. Faschismus oder Nationalismus sind keine Bewegungen, die das Proletariat erlösen, sondern reaktionäre Gebilde, welche nicht nur in Deutschland, sondern international auftreten. Zuerst in den Ländern, wo das Proletariat schon am weitesten vorgestoßen war, Reaktionsperioden tragen immer anderen Charakter. So ist z. B. die Lappobewegung eine solche der Reaktion. Der Niedergang der Arbeiterklasse Deutschlands ist eine Folge gemachter Fehler, der den Faschismus in Deutschland gebar, welcher seinen Ursprung in München hat und von den Großagrariern finanziert wird. Als psychologisches und ideologisches Moment ist zu beachten, daß die Gründungs- und Rekrutierungsschicht des Faschismus die entworfenen Elemente der Gesellschaft sind. Die Mittelständler dahingegen interessieren sich immer mehr für die parlamentarischen Forderungen der KPD. Unsere Aufgabe ist nun aber, nicht nur das Proletariat in Bewegung zu bringen, sondern ihm auch verständlich zu machen, wofür es kämpfen muß. Die wirtschaftliche Not zwingt die Proletariat zum Anschluß an die proletarische Revolution, die entweder organisiert zum Siege geführt, oder nicht sein wird. Die Ausbildung einer festgelegten Organisationsform, die nicht erst darauf wartet, bis das Proletariat in Bewegung kommt, ist in dem Spartakusbund gegeben. Nicht aus jeder Niederlage lernt man, sondern nur daraus, wenn man eine solche auch analysieren kann. Danach werden wir verstehen, warum ein nicht geringer Teil der Arbeiter in die ursprünglich von Frankreich und Italien finanzierte Hitler-Bewegung getreten ist. Heute aber fordern die Massen dieser Bewegung Aufklärung, woraus sich eine Opposition gebildet hat, die intolge ihrer linksrevolutionären Lösungen einen ganz gefährlichen Charakter für die proletarische Bewegung trägt. Der Schlachtruf gegen den Faschismus ist absolut inhaltlos und der Charakter als Rassenbewegung lediglich Schlagwort. In dem Moment, wo die Hitler-Bewegung groß und selbständig wird, zieht sich das Bürgertum zurück. Laut „Kölnischer Zeitung“, einem Blatte der Bourgeoisie, stützt sich selbige ganz besonders auf die Sozialdemokratie, denn die Bourgeoisie braucht internationale Beziehungen und dazu kann sie keinen Hitler gebrauchen. Genosse F. kommt weiterhin auf die Oppositionsbewegung des Faschismus zu spre-

chen, die ihre Ursache in der Unzufriedenheit der Proletarier, welche in der Hitlerpartei nicht auf ihre Rechnung gekommen waren, zu suchen hat. — Verlesung des Zweigesprächs Hitler-Stratler aus der Broschüre „Ministeressel oder Revolution“. — Mit ihrer nationalen Verleumdung seit 1923 (Schlageter, ein Vorfürer der nationalsoz. Bewegung) und ihrer Programm-Erklärung 1930, welche die Verkörperung der russischen Politik darstellt, ist die KPD, mit diesem nationalen Phrasenschwall die beste Verkörperung des Nationalsozialismus. Der Youngplan, ein Mitscheidungsmoment, aber nicht ein Ausgangspunkt der Krise, verschleierte die Grundlage der Erkenntnisreihe des Proletariats.“

Nach Verlesung einiger Hugenberg-Zeitungsartikel schließt der Referent mit dem Mahnruf, mehr Propaganda gegen den Faschismus und Nationalismus zu machen.

Die sich hieran anschließende Debatte wird von dem Delegierten Ostpreußen eröffnet. In ausführlicher Weise werden dabei die faschistischen Bewegungen in Litauen und Finnland geschildert, worauf ein Delegierter aus Ostachsen die Diskussion über das Thema erweitert. Anfänglich verblieb die Diskussion bei der Sache des Faschismus, verschob sich aber in der weiteren Entwicklung immer mehr auf das Problem „Rußland“. Dies in den Vordergrund gerückt, führt ein Genosse an, daß das Proletariat auf dem russischen Partii nur mit 17,7% Arbeiter aus den Betrieben vertreten war, während 1901 Delegierte andere Funktionäre waren. Besondere Delegierte Ostpreußen nimmt zu dieser Frage eine lebhaft Stellungnahme ein. Davon ausgehend, daß immer die ökonomische Grundlage für das Niveau der Revolution maßgebend sei, kommt er hinsichtlich der Weltrevolution zu dem Schluß, daß in Rußland die anfänglichen Räte nicht vorhanden und damit keine Diktatur des Proletariats mehr bestünde. Auf den Eintrag: „in Rußland hat das Proletariat die Macht“ wird weiter erklärt, daß in Rußland der Bauer die ökonomischen Machtmittel habe, und zwar auf der Grundlage der Mirs und Partais. Rußland ist heute nicht mehr Aktivposten der Revolution, sondern könne uns lediglich noch ideale Momente geben.

Ein Dresdener Genosse teilt ebenfalls diese Stellungnahme zur Frage Rußland und meint, daß das russische Proletariat lediglich ohne den offiziellen bolschewistischen Parteiapparat ein aktiver Faktor bei der proletarischen Revolution sein könne.

Berlin: Bei Betrachtung der Frage Rußland muß man das Proletariat vom Verwaltungs-Apparat trennen. Das Proletariat ist in Rußland für den Sozialismus. Wenn wir uns zur Kritik Rosa Luxemburgs an der russischen Revolution bekennen sowie den Gedanken der permanenten Revolution vertreten, können wir auch mit der Möglichkeit der Hille Rußlands rechnen. Denn nicht Amerika und Rußland, sondern Amerika und England stehen heute auf der Weltbühne gegenüber; allerdings unterliegt diese Perspektive einer ständigen Bewegung. Rußland muß wieder den Gedanken der proletarischen Revolution aufgreifen. In Rußland ist der Sozialismus ein Zwischending zwischen Staats- und Privat-Kapitalismus.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung berichtet ein Dresdener Genosse über die Bemühungen des Spartakusbundes hinsichtlich der Aktionsgemeinschaft aller linksrevolutionären Organisationen, gibt die Erfahrungen und das Ergebnis der Dresdener Bewegung bekannt und analysiert dies im Reichsmitteltage.

Es folgt Verlesung einer Resolution der Dresdener AAUF, welche als annehmbar erklärt wird:

Resolution

„Die von verschiedenen Genossen des „Spartakusbundes“ und der „Allg. Arbeiter-Union (E)“ erfolgte Anregung, die Möglichkeit einer engeren Fühlungnahme der beiden Organisationen zu erwägen, um angesichts der Gesamtsituation eine aktivere und planmäßigere revolutionäre Klassenkämpfungsarbeit zu erreichen, findet den Beifall der Ortsgruppe Dresden.“

Sie ist aber der Meinung, daß diese Aufgabe mit Aussicht auf Erfolg nur nach einer Wiedervereinigung der beiden Organisationen geleistet werden kann, was schon allein Voraussetzung für den Aufbau von Betriebsorganisationen erforderlich ist.

Deshalb hält es die Ortsgruppe Dresden für richtig, zu erklären, daß unter Fortfall aller anderen Versuche, welche die doch einmal notwendig werdende Entscheidung nur hinauszögern, eine Wiedervereinigung unter folgenden Voraussetzungen vollzogen werden müßte:

1. Die beiden Organisationen AAUE und Spartakusbund treten wieder als einheitliche Organisation unter der Zusammenfassung „AAUE“ (evtl. „Vereinigte AAUE“) in die Öffentlichkeit.
2. Die „Proletarische Revolution“ ist wieder Einheitsorgan der neu zusammengeführten AAUE.
3. Nach der vollzogenen Wiedervereinigung ist der gesamte Funktionär-Apparat neu zu wählen.

4. Es kann seit langer Zeit als feststehend gelten, daß der äußere Anlaß zur Spaltung der von einem Teile der Genossen in irriger Einstellung herabgeschworene bzw. vorgeschobene Streit um Personen (Piemfert, Rühle) war, ohne daß sachlich und ernstlich geprüft wurde, daß die wirkliche Triebkraft der Spaltung eine von der Union nicht geklärte verschiedenartige Auffassung über den revolutionären Marxismus und die daraus resultierende Taktik war. Dieses Problem steht in beiden Organisationen noch und immer wieder zur Diskussion und gibt deshalb Veranlassung, es in einer vereinigten Organisation weiter zu klären.

Wenn dabei ein Teil der Genossen der Meinung ist, daß der Marxismus als proletarische Soziologie, vertieft zu zeitgemäßer Anwendung durch eine revolutionäre Psychologie, die Möglichkeit gibt, Weg, Richtung und Ziel für einen erfolgreicheren Klassenkampf anzuzeigen, so muß den Genossen im Interesse der Bildung einer aktiven Klassenkampfgemeinschaft gewährleistet sein, dies im Rahmen der AAUE als proletarische Einheitsorganisation innerhalb der gesamten Organisationsbeziehung zum Ausdruck zu bringen.

Mit der Erfüllung dieser 4 Punkte ist Bestand und Inhalt der AAUE, den sie bei der Spaltungsphase darstellte, wieder hergestellt, ohne von „Sieg“ oder „Niederlage“ einer der beiden Organisationen sprechen zu können.

Unter Wahrung der proletarischen Demokratie innerhalb der Organisation ist damit der Ausgangspunkt für fruchtbare gemeinsame Arbeit beschränkt.

Die Dresdener Genossen treten für eine Kampfgemeinschaft aber keine Verschmelzung ein. Desgleichen auch Berlin.

Die seitens Berlin vorgelegte Resolution wird zur Diskussion gestellt.

Alle Delegierten des Reiches nehmen in der Debatte dazu Stellung, indem sie mehr oder weniger ihre Erfahrungen mit den anderen antiautoritären Organisationsrichtungen und Gruppen zum Ausdruck bringen mit den Worten:

„Unser Programm steht fest. Die soziale Revolution lebt und marschiert. Der Spartakusbund muß leben, damit die Revolution nicht wieder versacke!“

Es erfolgt die Abstimmung über die vorgelegte Berliner Resolution, welche angenommen wird.

4. Punkt: Organisatorisches.

Die Presse und der Arbeits-Ausschuß, welche bisher als provisorisch nach Dresden verlegt waren, verbleiben nunmehr bis auf weiteres daselbst.

Ein Antrag zur Ausarbeitung einer Broschüre wird angenommen.

Mit dem Gesang der Internationale wird die Tagung geschlossen.

Möge der mit einem auf höchstem Niveau und feurigem Elan getragene Verlauf der Konferenz bei allen Genossen und Sympathisierenden im Reich eine revolutionäre Widerhall finden und zu weiterer revolutionärer Tätigkeit anspornen.

Dresden, im September 1930.

das kapitalistische Wirtschaftssystem stürzen, die Lohnarbeit abschaffen, das Privateigentum beseitigen und sich in den Besitz der Produktionsmittel setzen.

Diesen Gang der Entwicklung bewiesen Marx und Engels und später Rosa Luxemburg durch große theoretische Schriften, mit umständlichen Tabellen und Schemata. Die wenigsten Proletarier waren dazu in der Lage, diese Werke zu studieren und zu verstehen. Nur eine Schicht von Führern konnte das. Die breiten Arbeitermassen beschränkten sich auf den Kampf um höhere Löhne und bessere Lebensbedingungen im kapitalistischen Staat und glaubten auf diesem Wege zum Ziele der klassenlosen Gesellschaft zu gelangen.

Heute aber braucht man keine großen Theorien mehr, um den Proletariaten zu beweisen, daß es heute für die Arbeiterklasse keinen anderen Ausweg mehr gibt, als den

Untergang in die Barbarei oder Aufstieg zum Kommunismus,

daß die Arbeiterklasse heute dazu gezwungen ist, die proletarische Revolution zu organisieren und die Diktatur des Proletariats aufzurichten.

Der arbeitslose Klassengenosse, der merkt, daß es keine Aussicht mehr gibt, jemals im Kapitalismus Arbeit und Lohn zu bekommen. Der Klassengenosse, der noch Lohnarbeit hat, erkennt, daß es unmöglich geworden ist, zu verhindern, daß der Lohn ständig

abgebaut wird, während die Arbeitsleistungen gesteigert werden. Und fast jeden Tag liest jeder Proletarier in den bürgerlichen Tageszeitungen solche und ähnliche Notizen:

Rekord-Tiefstand des amerikanischen Außenhandels

Newyork, 16. August. Der amerikanische Außenhandel zeigte im Monat Juli den tiefsten Stand seit 10 Jahren. Die Ausfuhr betrug 269 Millionen Dollar, die Einfuhr 219 Millionen, das heißt in beiden Fällen über 30% weniger als im Juli 1929. Vor zwei oder drei Menschenaltern hat Carlyle einmal prophetisch gesagt, es werde soweit kommen, daß ein Teil der Menschheit barfuß laufen müsse, weil die Maschinen zuviel Schuhe erzeugen würden. Amerika steht jetzt — wenn auch noch nicht wörtlich — vor diesem wirtschaftlichen Paradox: weil es zu viel Maschinenware in einem allzu raschen Tempo erzeugt, sinkt die Kaufkraft der Massen.

Amerikanische volkswirtschaftliche Denker sind sich jetzt klar darüber, was man bei der Rationalisierung versäumt hat: die Rationalisierung der Rationalisierung. Man hat aus der Mautwirtschafperspektive gearbeitet und es für einen volkswirtschaftlich verdienstvollen Erfolg gehalten, wenn eine Fabrik sich mit Maschinen versah, die gestatteten, die Hälfte der Arbeiter zu entlassen und mit der zurückgebliebenen Hälfte das Vierfache von dem zu erzeugen, was früher erzeugt wurde. Eine wirkliche Rationalisierung hätte verlangt, daß man mit einem Gesamtüberblick über die nationale Produktion begon-

nen und sich überlegt hätte, wo die durch die neue Maschinerie freierwerdenden Arbeiter wieder produktiv eingesetzt werden können. Alle diese Produzenten sind ja auch Konsumenten und als solche ungeheuer wichtig gerade für eine rationalisierte Industrie, die ein größeres Quantum Ware auf den Markt wirft.

Lohnkampf im Ruhrbergbau

Essen, 16. August. Im Ruhrbergbau wollen die Unternehmer die Lohnordnung zum 30. September d. Js. kündigen. Die Kündigung soll, wie der Zecheverband bekanntgibt, erfolgen, damit eine Erörterung über die Senkung der Produktionskosten mit den Gewerkschaften eingeleitet werden kann. Eine solche Senkung sei notwendig mit Hinblick auf die Entwicklung des Umsatzes und der Preise im Bergbau.

Kapitäne gehen stempeln

Berlin, 14. August. Wenn man an die deutsche Handelsflotte denkt, so sieht man vor sich die großen Dampfer der Columbus-Klasse oder die stolzen Ozeanriesen „Bremen“ und „Europa“. Die Welterfolge dieser Schiffe können leicht zu der Auffassung verführen, daß die deutsche Handelsschiffahrt von der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung betroffen sei, und daß das Leben, daß wir von Bildern her aus dem Hamburger Hafen kennen, auch heute noch die Mündungen der Elbe und Weser beherrscht. In Wirklichkeit sieht es jedoch auch hier traurig aus. Zahlreiche Ozeandampfer aller Art und Größen liegen zur Untätigkeit verdammt Reihe

an Reihe in den seichten Hafenecken. Alteingesessene Hamburger Reedereien mußten im Laufe des Sommers drei Viertel ihres Schiffs-parkes stilllegen, und niemand kann voraussagen, wann den Schloten wieder Rauch entquellen wird und die Ankerketten aufgelöst werden. Nach den Mitteilungen des Verbandes Deutscher Kapitäne und Schiffsoffiziere gehen ungefähr 230 Kapitäne, die sämtlich das Patent auf große Fahrt besitzen, stempeln. Altprobste Schiffsführer, Tausende von Offizieren der Handelsmarine leben von der Erwerbslosenunterstützung. Auch ein Beweis für die ungeheure Not, in der sich Deutschland heute befindet. Und so, wie es in dem Hamburger Hafen aussieht, so ist es in fast allen Welthäfen der großen Handelsstaaten. Die Krise der Weltwirtschaft hat eine große und wertvolle Flotte aller Staaten zum Scheitend verurteilt. Wird sie verrotten oder wird sie eines Tages auferstehen?

Memel, 29. August. Die Direktion der hiesigen Zellstoffabrik sieht sich gezwungen, den Betrieb stillzulegen und die gesamte Belegschaft zum 15. September zu entlassen, weil der Weltmarkt mit Zellstoffabriken überflutet ist und auch die Memeler Zellulosefabrik alle Lagerräume überflutet hat, ohne Absatzmöglichkeiten zu haben. Die Auswirkungen der Stilllegung dieser Fabrik sind für Memel katastrophal, da die ohnehin starke Arbeitslosigkeit dadurch wiederum um mehr als 1000 Arbeitslose vermehrt wird.

Rom, 12. August. Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit wird zur Zeit in Italien mit besonderer Energie durchgeführt. Mussolini selbst hat sich an die Spitze eines Komitees für Binnenwanderung gestellt, das zentral für das Land die produktive Erwerbslosenfürsorge erledigt. Die Arbeitslosigkeit in Italien ist, obwohl sie mit 350.000 unterstützten Arbeitslosen gegenwärtig nicht an die Zahlen in anderen Ländern herantreibt, verhältnismäßig groß, wenn man die geringe Industrialisierung des Landes und die sehr große Zahl der von der Statistik nicht erfaßten Arbeitslosen berücksichtigt.

In Budapest demonstrieren etwa 50.000 Arbeitslose, gegen die Tanks, Panzerautos und Maschinengewehre aufgezogen werden.

Man sieht deutlich die Todeskrise des kapitalistischen Wirtschaftssystems in allen Staaten, in dem „demokratischen“ sowohl wie in dem „faschistischen“.

Und klipp und klar erklärt der Kammerpräsident Dr. von Kleefeld in einem Artikel „Weltpolitische profliche und weltwirtschaftliche Bedenken“:

Es wird daher das wichtigste Bestreben der deutschen Wirtschaft sein müssen, durch der ringsum errichteten Schranken exportfähig zu bleiben. Kann Deutschland dieses Ziel nicht erreichen, so sind auf die Dauer der Zeit 5—10 Millionen Deutsche zuviel, welche entweder

verelenden oder auswandern müßten. Nachdem das deutsche Volk die gewaltigen Lasten des neuen Planes auf sich genommen hat, zu dessen Erfüllung der höchstgesteigerte Export seiner Produkte die natürliche Voraussetzung ist, wäre auch nur ein latenter Wirtschaftskrieg der anderen Vertragspartner und Interessenten Deutschland gegenüber für die gesamte Weltwirtschaft und Weltfinanz katastrophal.

Also, trocken und unzweideutig erklärt dir, Prolet, der bürgerliche Gelehrte: entweder du arbeitest mehr und billiger, damit wir die Konkurrenz unterhalten können, oder — du mußt auswandern. Wohin? Nimm eine Calmette-Tablette, die gibt es in Lübeck gratis.

So dreist urteilt bürgerliche Logik in der Tagespresse. Sie erwartet kein Murren der Arbeiterklasse, trotzdem die „Arbeiterparteien“ aller Schattierungen über große Wahlerfolge und -Siege jubeln, trotzdem die KPD, die Partei des angeblich „revolutionären Parlamentarismus“ die Wahlergebnisse als das Barometer der Revolution studiert und sich über große „Erfolge“ freuen kann.

Und solange brauchen die Bürger keine Furcht zu haben, solange das Proletariat gesetzestgläubig an die Wahlurne geht.

Proletarier! Boykottiert den Wahlschwindel! Hört auf die Parolen des Spartakusbundes! Richtet die Klassenfront des Proletariats auf und organisiert die proletarische Revolution, indem ihr in den Betrieben und auf den Stempelmärkten die revolutionären BO. aufbaut!

Hoch die christliche Sittlichkeit!

Die Pfaffen sind bekanntlich die Hüter von Moral und Sittlichkeit, und wir Kommunisten sind immer drauf und dran, die Weiber zu vergesellschaften und zu Objekten unserer geilen Begierden zu machen. Ja, wir sind ja eigentlich hauptsächlich aus diesem Verlangen heraus Kommunisten geworden, um uns die Frauen nach unseren Begierden und Fähigkeiten kieren zu dürfen. Deshalb bekämpfen wir alle „göttlichen“ Institutionen, sind wir Atheisten und so weiter. Freilich, wo wir mal versucht haben, hinter die Heiligkeit der Kirche und deren Vertreter zu kommen, um uns von der Sünde zu befreien, ist es uns auch übel gekommen. So z. B. hat uns die Moraltheorie des Heiligen Liguirie und dessen Beichtprogramm nur die Lüsternheit gestärkt. Auch der „Pfaffenspiegel“, der doch so gar nicht entsetzt, hat unserer Verderbtheit keinen Abbruch getan. Nun lesen wir in der „Prawda“ vom 30. August 1930 eine „Berichtigung“, die ein Priester einer Redaktion zugesandt hat, und sind darüber so erstaunt, daß wir das Dokument auch den Lesern des „Spartakus“ zu Nutz und Frommen übersetzt unterbreiten möchten. Es lautet ungekürzt:

An die Redaktion der „Twerskaja Prawda“!

Mit diesem Brief möchte ich mich durch Ihr geschätztes Blatt vor der Verleumdung rehabilitieren, die mir von dem Diakon Naumow Nikolai zugefügt wurde, wonach ich ihn angeblich 40 mal vergewaltigt hätte. Das ist pure Lüge. Geschlechtsverkehr mit dem genannten Diakon hatte ich nur 10 mal und zwar nach dessen freier Zustimmung. Er legte sich mit mir schlafen. Nur einige Male hatte ich ihn tatsächlich gebeten. Nach christlicher Sitte küßte ich ihn. Weiter war nichts vorgefallen. Ich beschäftige mich sonst mit Onanie.

13. Februar 1930.

G. Gwodjewa
Priester der Nikolsker Kirche.

Aus den Bezirken

Wie sie die Nichtwähler einschätzten

Wir kamen in den Besitz folgenden Rundschreibens, dessen Inhalt wir unseren Lesern zur eigenen Beurteilung nicht vorenthalten wollen.

Deutschnationale Volkspartei
Ortsgruppe Dresden
Bezirksgruppe Dresden-Plauen

Sehr geehrter Herr und Frau M...

Bei der Wichtigkeit der kommenden Reichstagswahl — es geht auch um Ihre Existenz dabei — ist es dringend erforderlich, daß auch Sie dieses Mal zur Wahl kommen. Wenn Sie die letzten Male nicht gewählt haben, war dies verständlich. Sie dachten: „Es ist immer dasselbe: Goldene Versprechungen vor der Wahl und danach doch bloß wieder neue Lasten. Was hat da das Wählen für Zweck? Es fehlt uns der starke Mann, der diesem Steuergewinn energisch Halt gebietet.“ Dieser von allen heißersehnte Mann ist dem deutschen Volk in seiner höchsten Not (d. Red.) geschenkt worden. Es ist Alfred Hugenberg, der Führer der Deutschnationalen Volkspartei. Am 18. Juli sprengte Hugenberg den Youngreichtstag, weil er es vor seinem Gewissen nicht verantworten konnte, daß dem verarmten deutschen Volk mit seinem Heere bedauernswerter Arbeitsloser neue Steuerlasten aufgebürdet würden. In Wort und Schrift, mit Volksbegehren und Volksentscheid hat die Deutschnationale Volkspartei unter ihrem Führer Hugenberg den Youngplan, die Ursache der neuen Steuern bekämpft. Sozialdemokraten und ihre Steigbügelhalter, Zentrum, Demokraten — jetzt Staatspartei genannt — und Volkspartei nahmen den Youngplan an, weil er nach ihrer Meinung Steuersenkungen bringen sollte. Statt dessen hat uns der unselige Plan nur die Gewißheit gebracht, daß neue Steuern unumgänglich notwendig sind, die eine weitere Verelendung des Volkes und damit eine weitere Steigerung der Arbeitslosigkeit zur Folge haben. Der Youngplan, der uns, unsere Kinder und Kindeskinde zu Lohnsklaven des feindlichen Auslandes macht, wäre nie Gesetz geworden, wenn die 12 Millionen Nichtwähler von 1928 im März dieses Jahres hinter Hugenberg gestanden hätten. Jeder Deutsche, auch Sie verehrter Volksgenosse, bleiben von den neuen Steuern verschont, wenn Sie sich dieses Mal hinter Hugenberg stellen und die Deutschnationale Volkspartei, Liste 2, am 14. September wählen.

Hugenberg hat im Reichstag klar bewiesen, daß die neuen Steuern nicht nötig sind, wenn das Reich das Ausland zwingt, zur Tributlast selbst mit beizutragen. Im feindlichen Ausland besteht zur Zeit ein gewaltiger Rohstoffüberfluß, man hat zuviel produziert. Will der Produzent des Auslandes seine Ware nicht verderben lassen, muß er sie sobald als möglich an Deutschland, seinen

besten Kunden, loszuwerden versuchen. Ein kleiner Einfuhrzoll auf seine Ware wird ihn nicht davon abhalten, sie in Deutschland an den Mann zu bringen. Für den einzelnen Ausländer bedeutet dieser kleine Zoll gar nichts, für unser verarmtes Volk zwei Milliarden ersparte Steuern. Bedenken Sie also, ein Sieg der Liste 2 bedeutet: keine neuen Steuern. Ein Sieg der bisherigen Regierungsmehrheit und ihrer Nutznießer neue unerschwingliche Lasten auch für Sie und Ihre Angehörigen.

Von Ihrer politischen Einsicht erhoffen wir, daß Sie diesmal zur Wahl kommen und auch unter Ihren

Gelesene Nummern des Spartakus

wegwerfen, heißt,
dem Klaffenbruder
wertvolles Erkenntnis-
material unter-
schlagen!

Freunden und Bekannten eifrig für Liste 2 werben, damit am 14. September Hugengeb's Plan: keine neuen Steuern unserem armen Volke, in die Wirklichkeit umgesetzt wird.

Mit deutschem Gruß!

Die Gruppenleitung,

Deutschnationale Volkspartei, Gruppe Plauen.

Unser Antiwahlkampf in Tilsit

Proletarier! Klassengenossen!

Ihr habt zu wählen: entweder Untergang in die Barbarei, wenn ihr weiter in „Wahlkämpfen“ eure Kräfte verzettelt und euch selbst betrügt — oder Aufstieg zum Kommunismus, indem ihr die proletarische Revolution organisiert und die Diktatur des Proletariats erkämpft.

Mit diesem Thema veranstaltete während des Wahlrummels die Tilsiter Spartakus-Ortsgruppe drei öffentliche Diskussions-Versammlungen. An Beispielen aus der Geschichte der deutschen Revolution, insbesondere an Hand des „Dolchstoßprozesses“ zeigten die Spartakusgenossen, daß der ganze Wahlschwund nur diese Folgen hat: ehrliche Revolutionäre werden im Parlament zu Verrätern gemacht, weil ihre gehobene Stellung sie ihrer Klasse entfremdet und ihr verändertes gesellschaftliches Sein auch ihr Bewußtsein verändert. Revolutionäre Arbeiter werden zu Bonzen. Andererseits wird in der Arbeiterklasse die Illusion gepflegt, ihre Abgeordneten und Berufsleiter werden dem Proletariat die Revolution ersparen. Anstatt, daß die proletarischen Kämpfer die revolutionäre Klassenorganisation errichten, bleiben sie zahlende Mitglieder in Wahlvereinen. Es wurde aufgezeigt, wie verderblich sich dieses 1918 in Deutschland auswirkte, daß die Massen der Arbeiterklasse sich mit den Wahlen zur Nationalversammlung zufrieden gaben, so daß es dem Kapital nicht schwer fiel, Spartakus niederzuschlagen; Spartakus, das dem Wahlschwund der Ebert, Scheidemann und Konsorten die Parole entgegengesetzte:

Alle Macht den Räten!

Noch viel gefährlicher ist heute die Rolle der KPD., die ihren Wählern allerlei Versprechungen macht, anstatt klipp und klar zu sagen, daß das kapitalistische Wirtschaftssystem in seiner Todeskrise heute dazu gezwungen ist, die Arbeiterklasse in ein immer tieferes Elend herabzudrücken. Für das Proletariat bleibt nur der eine Ausweg: Sturz des Kapitalismus, Aufbruch der Diktatur des Proletariats! Die Diktatur des Proletariats ist aber keine „Arbeiter- und Bauernregierung“ nach russischem Muster, wie die KPD. sie propagiert. Arbeiterräte sind keine Kommissare, keine Parteisekretäre, keine Reichstagsabgeordnete. Es

wurde aufgezeigt, welche Erkenntnisse Liebknecht und Luxemburg aus dem Versagen der deutschen Revolution gezogen hatten und insbesondere an Hand Liebknechts „Politischem Nachlaß“ bewiesen, daß Karl Liebknecht dieses auf die falsche Organisationsform zurückführte, an deren Stelle die Räteorganisation zu treten hat. Wer nicht so borniert ist und das Versagen der proletarischen Revolution auf den „Verrat“ einzelner Führer zurückführt, an deren Stelle neue, bessere „Verräter“ zu treten haben, verläßt Parteien und Gewerkschaften und schließt sich den revolutionären Betriebsorganisationen des Spartakusbundes an.

In der ersten Versammlung sprachen in der Diskussion zwei Mitglieder der KPD. Durch die Wucht unserer Argumente wurden beide Parteikommunisten zu der mehrmaligen Erklärung an die Versammlung gezwungen: „Es nützt tatsächlich nichts, wenn ihr wählt; es ist auch gut, wenn ihr euch der Stimme enthaltet.“ In der zweiten Diskussions-Versammlung hielten die Jünger Stalins es für besser, gar nicht in der Diskussion zu sprechen. In der dritten Versammlung sprachen drei Anhänger Thälmanns. Zwei von ihnen wußten weiter nichts als persönliche Schimpfereien vorzubringen, einer erklärte aber mit der Würde eines republikanischen Stadtverordneten, daß er die Spartakisten gar nicht für diskutabel halte und nur spreche, damit man nicht behaupten könne, er habe Angst gehabt. Als es sich aber herausstellte, daß diese parteikommunistische Griffe die einfachsten politischen Grundbegriffe nicht auseinander zu halten wußten (Proletariat und Privateigentümer; Gemeineigentum und Privateigentum) — ergriff dieser Held die Flucht und verließ unter stürmischem Gelächter der anwesenden Proletarier den Versammlungsraum.

Wo intensiv gearbeitet wird, ist auch ein Erfolg zu sehen. In Tilsit wuchs die Zahl der Nichtwähler aus revolutionärer Erkenntnis um ein Bedeutendes. Die KPD. verlor in Tilsit eine beträchtliche Zahl von Stimmen bei diesen Wahlen, im Gegensatz zu anderen Stellen, wo ihre Wählerschaft gewachsen ist. Auch wurden in Tilsit rund 400 Antiwahlzetteln verkauft.

Genossen!

Wer sich von den autoritären, reformistischen Partein und Gewerkschaften losgelöst fühlt, wer mit der antiautoritären Schreibweise des „Spartakus“ sympathisiert, wende sich an den Verlag!

Man benütze den untenstehenden Bestellzettel!

Für den Inhalt verantwortlich: R. Weiß, Dresden-A.
Druck: A. P. Schmiedelbach & Co., Dresden-A.

Hier abtrennen!

An das

Postamt

Unterzeichneter bestellt hiermit die monatlich zweimal erscheinende Zeitung

SPARTAKUS

zum Bezugspreis von 90 Pfg. vierteljährlich ab 1930

Verlagsort: Rähnitz-Hellerau. Postzeitungsliste: 3. Nachtrag 29

Bezugsgeld ist von mir zu erheben

Name Ort u. Zustellungspostamt

Straße u. Hausnummer

Nr. 20 * 5. Jahrgang

10. Jahrgang der „Einheitsfront“

SPARTAKUS

ORGAN DES SPARTAKUSBUNDES
(Politisch-wirtschaftliche Einheitsorganisation)

Verlagsort: Rähnitz-Hellerau. Zu bestellen bei allen Postämtern, ferner durch die Betriebsorganisationen des Spartakusbundes od. direkt beim Verlag Rähnitz-Hellerau, Händelstr. 3

15. Oktober 1930

Postzeitungsliste: 3. Nachtrag 1929

Einzelnummer 15 Pf.
erscheint monatlich zweimal

Das Reich Hitlers

Mein Herr! Wissen Sie, das sind jetzt aber auch Zeiten! Nicht wahr? Wie war es dagegen früher doch viel besser. Man hatte hinter seinem Ladentisch nicht genügend Hände, die Kundschaft zu bedienen. Ja, die Leute hatten Geld. Sie kauften. Handel und Wandel. Aber nun. Bitte lesen Sie doch in der Zeitung nach: Seit April 1929 steigt in Berlin die Zahl der leeren Läden um 27%, der leerstehenden Büros und Geschäftsräume um 85%; die Zahl der leerstehenden Fabrikräume ist um 100% gestiegen. Ja, die verfluchten Juden mit ihren Warenhäusern und die Marxisten mit ihren Konsumvereinen. Und dann die hohen Steuern infolge der Kriegslasten.

Ja früher, da war es anders. Man konnte sich auch etwas leisten. Man konnte Kaisers Geburtstag und Sedan feiern; mit Bier und Buns. Hatte Ideale, Deutschland in der Welt voran! Die Kriegervereine, Erinnerungen an die Militärzeit. O welche Lust, Soldat zu sein! Ja, die allgemeine Wehrpflicht. Da wurde man erst zum Menschen gemacht. Und Arbeitslose gab es damals keine. Darum brauchte man auch nicht die Faulheit zu belohnen. Sehen Sie, bitte! Heute hat keiner mehr Lust zum Arbeiten. Aber das ist ja eben — die Menschen können die guten Tage nicht vertragen. Und was hat man heute? Das Ersparte ging in der Inflation flöten. Die Juden und Schieber und Banken! — Und was soll aus unseren Kindern werden. Beamte? Bitte lesen Sie: In Preußen gab es am 15. Mai ds. Js. 8801 stellunglose Schulamtsbewerber. Wo soll das hin führen. Ja, ein neuer Bismarck, ein Retter unseres Volkes fehlt uns. Der wieder alles in die alte Ordnung bringt. Was soll man machen? Aber da ist ja Adolf Hitler. Der wird die Sache schmeißen! Heil Hitler! Der neue Heiland. Nun alles am 14. September die Hitler-Liste gewählt, dann muß sich alles, alles wenden.

Dieses die Ideologie des Mittelstandes, der infolge der Entwicklung des kapitalistischen Systems zugrunde gehen muß; sie verschaffte der Hitlerbande 107 Reichstagsitze.

Die Geschäftsleitung des deutschen Kapitals, die Regierung Brüning, hat versucht, die deutschen Reichslizenzen in Ordnung zu bringen durch allherand „Notverordnungen“, und sie muß nun wieder einmal feststellen, daß trotzdem der Reichshaushalt einen Fehlbetrag von 900 Millionen aufweist.

Die Reichsregierung brüht neue Maßnahmen. Damit in Zukunft nicht wieder Fehlbeträge entstehen, soll — ohne Beschönigungen — Politik auf längere Sicht betrieben werden. Der Beitrag für die Arbeitslosenversicherung soll auf 6 1/2% erhöht und noch manches andere durchgeführt werden, was „erforderlich ist“.

Was ist zur Erhaltung des kapitalistischen Wirtschaftssystems erforderlich? Es kann sich nur noch halten, indem die Ausbeutung der Lohnsklaven steigt und die Lebenshaltung des Proletariats sinkt. Im Kapitalismus ist der einzige, der Werte schafft, der Proletarier, der Verkäufer der Ware Arbeitskraft. Fehlbeträge im Reichshaushalt können daher auch nur mit dem Schweiß und Mark des Proletariats zugestopft werden. Alle Maßnahmen jeder Regierung im Kapitalismus können daher nur eine Folge zeitigen: das Proletariat in ein immer tieferes Elend herabdrücken. Das ist auch der ganze Zweck der Erhöhung der Hauszinssteuer und der Arbeitslosen-Versicherungsbeiträge, der Reform der Krankenkassen usw. Keine Regierung kann aber die Todeskrise des Kapitalismus durch irgend welche Maßnahmen mit oder ohne Beschönigungen aufheben.

Wo die Einnahmen sich verringern, müssen auch die Ausgaben sinken. Wird der Lohn der Proletarier abgebaut — direkt oder indirekt — müssen sie ihren Konsum einschränken. Und das trifft nicht nur auf den Verbrauch von Bier zu, wo infolge der Biersteuererhöhung der Verbrauch an Bier so gesunken ist, daß die erhöhten Steuern weniger einbringen als vor der Steuererhöhung. Es ist doch klar. Der Prolet hat nur die paar Groschen zum Ausgeben; er muß beim Steigen der Preise sich mit weniger begnügen.

Verminderter Konsum bedeutet Absatzmangel, Absatzmangel hat Produktionseinschränkung zur Folge. Die Zahl der Arbeitslosen steigt. Soll es nicht zu Hungerrevolten kommen, müssen die Erwerbslosen unterstützt werden. Es bleibt sich gleich, ob dies durch das Wohlfahrts- oder Stempelamt geschieht. Die Unterstützung kommt immer aus der einen Quelle, aus den Knochen der noch Arbeitenden. Die Lebenshaltung immer mehr verfallen haben, bis sie tatsächlich nichts mehr zu verlieren haben, bis sie durch den Verlust der Arbeit keinen Verlust mehr haben. Bis Ausgebettete und Arbeitslose die revolutionäre Klassenfront aufbrachten. Die proletarische Revolution durchzuführen. Die Diktatur des Proletariats aufzurichten, ausgeübt durch die jederzeit abberufbaren Arbeiter-Räte. Die Arbeiter-Räte werden die Produktion regeln. Nicht wie heute wird die Konkurrenz auf dem Marke entscheiden, und wieviel produziert wird, sondern die Wirtschaftsräte werden berechnen, was gebraucht wird. Die Produktion wird nicht mehr um der Erzielung von Profit betrieben werden, sondern zur Erzeugung von Bedarfsgegenständen. Nicht mehr Waren werden produziert, sondern Bedarfsgegenstände. Zu diesem Zwecke muß das Proletariat zur Revolution schreiten, muß das Privateigentum beseitigen, muß sich gemeinschaftlich in den Besitz der Güter und der Fabriken, der Eisenbahnen und der Bergwerke setzen.

Es gibt keinen anderen Ausweg. Die Konkurrenz von Kapitalisten und Kapitalistenverbänden untereinander läßt es nicht zu, daß irgendwo in der Steigerung der Ausbeutung nicht mitgemacht wird.

Wie unhaltbar der Gegensatz zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung ist und wie unhaltbarer er wird, beleuchten auch folgende neuen Nachrichten: Im Ruhrbergbau sollen nach dem Mann entlassen werden. Die Zechen Vondern und Oberhausen sollen gänzlich stillgelegt werden. Die „Gute Hoffnungshütte“ wird 1500 Mann entlassen, die Zeche Sterkade 500 Arbeiter; die Mannesmann-Bergwerke wollen neben der Einführung von Feierschichten einige Hundert Entlassungen vornehmen. In der Zeit von Januar bis August sind etwa 60000 Bergleute entlassen worden, für die keine Aussicht besteht, jemals im Kapitalismus Lohnarbeit zu bekommen. Ähnliche Massenentlassungen sehen wir im mitteldeutschen Bergbau.

Wie sehen nun die Rezepte Adolf Hitlers aus? Gedenkt dieser das Privateigentum an den Produktionsmitteln und die damit verbundene immer unerträglicher werdende Ausbeutung des Menschen durch den Menschen aufzuheben?

Hitler stand unlängst als Zeuge vor dem Leipziger Reichsgericht im Prozeß gegen die Nazi-Reichswehr-Offiziere. Er sollte über das Ziel und die Kampfmethoden seiner Banden aussagen. Der klassenbewußte Arbeiter weiß, daß, wie alle Einrichtungen des Staates, auch die Justiz im Interesse des Kapitals arbeitet, daß wir eine Klassenjustiz haben. Wozu wurde nun die Komödie mit Hitler aufgeführt? Die unerwarteten Wahlsergebnisse Hitlers haben im Ausland Bestürzung hervorgerufen. Man nahm die Phrasen dieses Maulhelden teilweise ernst, so daß an der Börse Kursstürze bis um 15 Prozent zu verzeichnen waren. Zur Beruhigung der ausländischen Spießgesellen ließ man Hitler deshalb in Leipzig vor aller Öffentlich-

Auf der Strecke geblieben

Der Wahlrummel vom 14. September hat nicht nur im Reichsmaßstabe der nichtsozialistischen Sozialdemokratischen Partei einen schweren Schlag versetzt, sondern bei der gleichzeitig stattgefundenen Landtagswahl im „Freistaat“ Braunschweig auch die einzinstige „rein sozialistische“ Regierung im Perlenkranz der deutschen Bourgeoisrepublik hinweggeschwemmt. Trauer herrscht in Trojas Hallen, die nur gemildert wird durch Aus-

keit erklären, daß Hitler durchaus keine soziale Revolution plane. Die „Sturmabteilungen“ sind nach Hitlers Aussagen nicht gegen das Kapital, sondern ausschließlich mit der Front gegen jede revolutionäre Arbeiterbewegung aufgestellt. Und Hitler betont ausdrücklich, daß in kritischen Zeiten, wie 1923, amtliche Stellen bei seinen Banden vom „Dritten Reich“ sagte Hitler in Leipzig wenig oder gar nicht. Deutlicher erklärte er sich in der bekannten Unterredung mit seinem „linken“ Rivalen Straßer: Es bleibt nach unserem Siege alles beim Alten. Das Privateigentum bleibt bestehen. Der Staat greift nur ein, um Kämpfe zwischen Kapital und Arbeit zu verhindern, damit die Wirtschaft nicht gestört wird. Daß dieses Eingreifen des Staates nur zum Nachteil der Arbeiterschaft gereicht, stritt Hitler nicht ab. Es ist nach Hitlers Ansicht sogar richtig; damit sich die Herrenrasse entwickeln kann, muß ein Teil der Menschheit vertieren.

Die utopischen Hoffnungen der Wählermassen, Hitler werde ihnen im Konkurrenzkampf gegen die großen Brüder, „die Juden“, bestehen, kann und will Hitler gar nicht erfüllen. Ausdrücklich erklärt er, daß es der wirtschaftlichen Entwicklung schädlich ist, wenn der Staat regulierend in den Konkurrenzkampf eingreift, ebenso wie er — ganz richtig — gegenüber Straßer eine isolierte Wirtschaft einer „Nation“ für blödsinniges Hirngespinnst erklärt. Ob Hitler regiert oder nicht, die ungeschriebenen Gesetze des Kapitalismus verurteilen den Mittelstand, die Kleinbetriebe zum Untergang. Die heute noch hoffen, auf den grünen Zweig zu kommen, werden unausbleiblich in das Lager des Proletariats hinabgedrängt.

Werden Hitlers Ideen aber jemals im Proletariat Fuß fassen? Nein! Der Klassenkampf zwischen Kapital und Arbeit ist eine reale Tatsache, die sich nicht durch Phrasen verkleistern läßt. Will der Nazi-Unternehmer nicht von der Konkurrenz erdrückt werden, muß er den Nazi-Proleten ausbeuten, immer schärfer ausbeuten. Will der Nazi-Prolet nicht verhungern, muß er sich mit anderen Proleten zusammenschließen, muß, da Teilkämpfe auch keine Erfolge mehr verzeichnen, zum Generalangriff auf das Kapital übergehen, zur proletarischen Revolution.

Und wie sieht es mit der Herausbildung der „Herrenschaft“ nach Muster von Nietzsches Übermenschentum? Wohl weiß von gewissen Ameisenarten, daß sie ausschließlich von der Arbeit anderer Ameisenarten leben und dadurch so verkümmert sind, daß sie sich nicht einmal fortbewegen, ja nicht einmal allein fressen können. Sie müssen von ihren Sklaven gefüttert werden. Wohl wurden im alten Rom die Sklaven auf eine ärmlich niedrigen Stufe gehalten, daß man sie abends in Ställe zusammentrieb und ihnen Korn als Futter vorschüttete. Der Kapitalismus ist aber eine Warenwirtschaft. Und die Konkurrenz, das Spezifische der kapitalistischen Wirtschaft, würde das Kapital dazu treiben, auch noch das primitivste Futter für die Lohnsklaven immer mehr zu kürzen, bis die Lohnsklaven vor Hunger zur Empörung schreiten müßten. Abgesehen davon, daß die Produktionsweise des Kapitalismus einen Arbeiter braucht, der über eine gewisse Intelligenz verfügen muß, und daher nicht so gefällig verendet.

Der Nationalsozialismus wird nie oder nur vorübergehend in einem Industriestaat der Anhang breiter Massen finden. Schädlich für die Arbeiterbewegung wird er aber da, wo im Konkurrenzkampf um die Stimmen des Mittelstandes man ihm Konzeptionen macht, wie die Kommunistische Partei es tut.

sicht auf Pension der weiland ministersesseldrückenden Genossen. Und wo keine Pension in Frage kommt, gibt's zur langsamen Gewöhnung an ein plebejisches Dasein das Stimmchen von 18000 Mark als Abfindung und Anerkennungsplättchen für geleistete Dienste an Land und Volk. So sorgen im trauten Verein die Regierungen von rechts und links bei vorkommenden Berufsunfällen — die entstehen können durch die Unzuverlässigkeit der Wahlschächeln — für eine gehobene Arbeitslosenunterstützung. Jetzt ist die Herrlichkeit des